

**Sachantrag**

der Liste „Internationaler Jugendverein (IJV)“

**Hamburgweiter Studierendenprotest STRIKE BACK:  
GEGEN KÜRZUNGEN UND RECHTSRUCK**

**Petitum:**

Das Studierendenparlament ruft öffentlichkeitswirksam alle Studierenden zum Hamburgweiten Studierendenprotest „STRIKE BACK – Gegen Kürzungen und Rechtsruck“ am 21.02.25 auf.

**Begründung:**

„Als Studierende in Hamburg kommen wir immer mehr an unsere Grenzen. Wir stehen kurz vor der Bundestags- und Bürgerschaftswahl und sollen unsere Stimme für Parteien abgeben, die unsere Lebens- und Lernbedingungen in den letzten Jahren immer weiter verschlechtert haben. Doch wir lassen uns das nicht länger gefallen!

Gegen Kürzungen:

Während wir uns das Leben ohnehin kaum noch leisten können, steigen die Kosten fürs Studieren immer weiter. Ab dem kommenden Semester sollen die Semesterbeiträge um 8% und die Mensapreise um weitere 6% steigen. Auch die Wohnsituation wird immer prekärer: Die WG-Zimmer auf dem freien Markt kosten im Schnitt 620€, während die BAföG-Pauschale bei 380€ liegt, auf einen freien Wohnheimplatz kommen über 2.800 Bewerber und jetzt steigen die Mieten dort auch noch um 36€ im Monat an. All diese Probleme sind eine Folge der Sparpolitik: 2,4 Millionen Euro an städtischen Zuschüssen fehlen dem Studierendenwerk Hamburg allein 2025. Und auch unsere Ausbildung leidet massiv unter Sparpolitik und Kürzungen. So warten zum Beispiel tausende Psychologie-Studierende darauf, ihr Studium abschließen zu können, weil die Finanzierung der Ausbildung nicht gesichert ist. In anderen Studiengängen fallen ganze Schwerpunkte oder Tutorien weg und die Unis müssen sich immer mehr über Drittmittel finanzieren, was die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung gefährdet. Währenddessen sind Gelder für Subventionen für die Wirtschaft oder 100 Milliarden für die Rüstung scheinbar kein Problem!

Gegen den Rechtsruck:

Statt dass diese Probleme angegangen werden, werden Sündenböcke gesucht und Spaltung versucht. Der Rechtsruck, der sich nicht auf die AfD beschränkt, sondern

durch die gesamte Politik zieht, macht auch vor den Unis nicht Halt. Das Klima an unserem Campus verändert sich. Immer mehr migrantische Kommilitonen sind von rassistischem Generalverdacht betroffen. Rechte Organisationen wie zum Beispiel Burschenschaften werden sichtbarer. Wir sehen Angriffe auf die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, zum Beispiel gegen Studierende, die sich gegen den Krieg in Gaza äußern.

Auch die gesellschaftliche Militarisierung zeigt sich an den Unis, zum Beispiel durch Angriffe auf Zivilklauseln. Wir betrachten all diese Entwicklungen als ernsthafte Angriffe auf unser Zusammenleben. Wir sagen: Solidarität statt Spaltung!

Und wir sind in Hamburg nicht allein: Im ganzen Land regt sich bereits Widerstand an Unis gegen Kürzungen und den Rechtsruck. Anstatt uns spalten zu lassen oder zu denken, dass wir ohnehin nichts erreichen können, möchten wir am 22. Februar gemeinsam auf die Straße gehen:

- Mehr Geld das Studierendenwerk! Keine Preissteigerungen oder Anhebung des Semesterbeitrages, sondern BAföG für alle, das zum Leben reicht!
- Mehr Geld in die Bildung, keine Streichung von Tutorien und Schwerpunkten! Finanzierung des Psychologie-PT sofort sichern!
- Wir Wollen Wohnen! Für mehr Wohnheimplätze, einen Mietendeckel und mehr Wohnungen in öffentlicher Hand!
- Rechtsruck stoppen! Gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus und jede Form von Diskriminierung an unseren Hochschulen!
- Für eine unabhängige Wissenschaft! Keine Forschung für militärische Zwecke, keine Einschränkung von Wissenschafts- und Meinungsfreiheit auf unserem Campus!

Für gute Bildung und eine lebenswerte Zukunft – kommt mit uns auf die Straße!“